

Vertrag

zwischen dem

SPD-Ortsverein Friedberg / Hessen

und dem

**Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen
Friedberg / Hessen**

über die

Zusammenarbeit

in den

**Gremien der Stadt
Friedberg / Hessen**

in der Wahlzeit

2011 - 2016

I. Grundsätze der Koalition

1. Laufzeit

Der Koalitionsvertrag wird für die Wahlzeit 2011 – 2016 geschlossen. Änderungen können einvernehmlich erfolgen.

2. Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die Vertragspartner verpflichten sich zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit über den gesamten Zeitraum der Wahlzeit. Dies beinhaltet ein einheitliches Abstimmungsverhalten zur vereinbarten Stadtpolitik. Einseitige, von dieser Vereinbarung abweichende Aktivitäten der beiden Vertragspartner in Bezug auf die vereinbarten Themen unterbleiben. Ausgenommen hiervon sind bundes- und landespolitische Themen ohne wesentlichen Stadtbezug.

Soweit während der Wahlzeit andere oder neue politische Fragestellungen entstehen, werden beide Seiten mit dem Ziel der Einigung eine gemeinsame Vorgehensweise anstreben. Nicht benannte und neue Themen sowie gemeinsame Haltungen zu Themen, die aus diesem Koalitionsvertrag nicht hervorgehen, werden im Koalitionsausschuss beraten und im Sinne dieses Vertrags erarbeitet.

Anträge werden in der Regel nur gemeinsam eingebracht.

Anträge sind dem Koalitionspartner rechtzeitig vor beabsichtigter Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten, in den Koalitionsausschuss einzubringen, zu erörtern und inhaltlich abzustimmen. Der Partner erhält Gelegenheit, sich diesen Anträgen vor Einbringung anzuschließen.

3. Koalitionsausschuss

Es wird ein interner Koalitionsausschuss gebildet, der sich mit der Abstimmung und Klärung etwaiger unterschiedlicher Einschätzungen oder Streitfragen bei der Umsetzung dieses Vertrags befasst. Diesem gehören jeweils bis zu fünf Vertreter/innen beider Koalitionspartner an.

Der Koalitionsausschuss kann zu bestimmten Themen Arbeitsgruppen bilden. Die Arbeitsgruppen werden paritätisch besetzt. Als Mitglieder der Arbeitsgruppen können auch Nicht-Fraktionsmitglieder benannt werden.

4. Beteiligung

Beide Partner werden bei der Durchführung der vereinbarten Politik Wert legen auf

- eine angemessene Bürgerbeteiligung,
- eine frühzeitige und umfassende Information der Öffentlichkeit sowie, darauf aufbauend,
- die Anhörung und Einbeziehung von Verbänden, Initiativen und sonstigen Vereinigungen.

II. Vereinbarungen in Sachfragen

Die Vertragspartner sind sich darin einig, dass die seitherigen Beschlüsse der städtischen Gremien unabhängig vom seitherigen Abstimmungsverhalten der beiden Partner verbindlich sind, soweit nicht in diesem Vertrag abweichende Regelungen getroffen werden.

Friedberg - Stadt mit Energien

Unser Ziel ist es, den Strombedarf der Friedberger Haushalte, der im Jahr 2009 statistisch 50 Mio. kWh Strom betragen hat, mit dezentralen, regenerativen Energien bereitzustellen. Das hierfür erforderliche Kapital soll durch das Engagement der Stadtwerke und der Friedberger Bürgerinnen und Bürger aufgebracht werden.

Um die CO₂-Reduzierung zu forcieren und den Atomausstieg zu sichern, muss durch Energieeinsparung (Wärmedämmung, Optimierung technischer Anlagen etc.) zur Energiewende beigetragen werden.

Die Stadt Friedberg hat mit ihrem Beitritt zur hessenweiten Aktion „100 Kommunen für den Klimaschutz“ Energieeinsparung und Energieeffizienz und damit verbunden eine CO₂-neutrale Kommunalverwaltung als kontinuierliches und hochrangiges Leitbild verankert. Ihre hundertprozentige Tochter, die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft, hat hier - unabhängig von dieser Aktion, aber gleichlautend in den Zielen - in den zurückliegenden Jahren mit der energetischen und funktionalen Sanierung ihres Gebäudebestandes eine Vorreiterfunktion übernommen. Wir werden deshalb die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft bei der weiteren energetischen und funktionalen Sanierung ihres Gebäudebestandes und bei beispielhaften Neubauvorhaben unterstützen.

Im Rahmen der Weiterverfolgung des Projektes „100 Kommunen für den Klimaschutz“ ist nachzuweisen, wie Energiebedarfe reduziert werden können. Abzuleitende Maßnahmen sollen messbar formuliert und dazu eine Umsetzungsplanung in Form von Jahreszielen vorgelegt werden.

Eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Energiewende wird angestrebt. Der Konzessionsvertrag mit der OVAG ist im Hinblick auf die o. g. Ziele zu prüfen.

Die obigen Ziele sollen bis 2016 erreicht werden.

Die Stadtwerke Friedberg sind leistungsfähig; sie haben durch die Sparten Gas und Wasser eine sehr gute Ausgangsbasis für Investitionen. Darauf aufbauend ist es unser Ziel, in den nächsten Jahren insbesondere über unsere Stadtwerke eine nachhaltige, unabhängige, bürgernahe und dezentrale Energieversorgung sicherzustellen. Neue Handlungsfelder der Stadtwerke werden deshalb zukünftig vorrangig sein:

- Energiesparen und Energieeffizienz, dabei Aufbau einer Energieberatung
- Aufbau, Ausbau und Beteiligung an lokaler und regionaler Energiebereitstellung mit Windkraftanlagen, Biomasse und Photovoltaik.

Wegen der Deregulierung der Märkte ist es unabdingbar, zusätzlich zum Gasverkauf eine lokale Wertschöpfung über KWK-Anlagen und Windkraft zu realisieren. Dies kann insbesondere über Beteiligungen, Projekt-Implementierungen und/oder Direktinvestitionen erfolgen.

Um den Umbau sichtbar zu vollziehen, sind die Realisierung eines Windparks und die Zur-Verfügung-Stellung von Standorten entsprechend den regionalen und ggf. lokalen Vorgaben kurzfristig einzuleiten.

Die Beteiligung an und das Betreiben von lokalen und regionalen Anlagen durch Bürger oder Organisationen von Bürgern sind dabei ausdrücklich erwünscht. In diesem Zusammenhang wird der Beitritt der Stadt Friedberg (Hessen) zur Mittelhessischen Energiegenossenschaft geprüft.

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete und insbesondere bei der Konversion von Industrie- und Militärfächen werden sich die Stadtwerke zur Erreichung der oben genannten Ziele über ihre bisherigen Angebotsleistungen als Gas- und Wasserversorger sowie Contractor hinaus auch unternehmerisch betätigen.

Die Stadt Friedberg siedelt bei den Stadtwerken Friedberg eine Energieberatung an. Ihre Aufgabe ist, die Stadt bei der Erlangung einer Vorbildfunktion bezüglich der CO₂-Reduzierung zu unterstützen. Für die Kunden der Stadtwerke und die Bürgerinnen und Bürger Friedbergs erfolgt eine Beratung zur Energieeinsparung und optimalen Planung von Neubauten sowie zur energetischen Sanierung.

Um eine Vorbildwirkung der Stadt Friedberg auf dem Handlungsfeld Energieeffizienz zu erreichen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- eine aktualisierte Bestandsaufnahme des energetischen Zustands städtischer Gebäude, um darauf eine Umsetzungsplanung für die energetische Sanierung aufzubauen,
- Energieverbrauchsoptimierung, energetische Optimierung des Fuhrparks, Reduzierung des Papierverbrauchs, Green IT-Nachweis für die Verwaltung,
- Neubauten der Stadt nur in Plus-Energiebauweise (Passivhaus + Photovoltaik),
- Vermietung städtischer Dächer an Solaranlagenbetreiber (bevorzugt für Bürgersolaranlagen).

Wir werden in der Wahlzeit 2011 – 2016 beispielhaft ein städtisches Quartier hinsichtlich der Ziele Energieeinsparung und CO₂-Reduzierung entwickeln. Dieses Projekt werden Stadt, Friedberger Wohnungsbau GmbH und Stadtwerke gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Angriff nehmen, damit die Energiewende vor Ort konkret erfahrbar wird.

Die Betriebsform und der Betriebszweck der Stadtwerke ist im Hinblick auf die erweiterten Aufgaben zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Friedberg - Stadt der Arbeitsplätze

Friedberg hat in der Region eine herausgehobene Stellung aufgrund seiner Vielzahl und Vielfalt an Arbeitsplätzen in Bildung und Forschung, Verwaltung, Dienstleistung-

gen, Produktion und Logistik. Gleichzeitig kommen mit dem Angebot großer Konversionsflächen (Kaserne, Bahn) neue Risiken, aber auch große Chancen auf die Stadt zu.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, die bisherige Vielfalt zu erhalten und sie gleichzeitig mit den Anforderungen der Zukunft zu verbinden, werden wir die Stelle eines Wirtschaftsförderers / einer Wirtschaftsförderin einrichten.

Bildungsstadt Friedberg oder: ohne Kinder und junge Menschen keine Zukunft

Wer von der „Bildungsstadt Friedberg“ spricht und diese anstrebt, der muss sich auch bewusst sein, dass die Basis für das ganze Leben in den jüngsten (U3 - Unter drei) und jungen Jahren (Ü3 - Kindergartenalter und Hort oder Betreuungsschule) gelegt wird. Die Vielfalt der Angebote in diesem Bereich mit derzeit neun städtischen, vier konfessionellen und weiteren Einrichtungen in freier Trägerschaft sowie einer Vielzahl von Betreuungseinrichtungen, die durch Elterninitiativen getragen werden, wird fast ausschließlich durch Zuschüsse der Stadt Friedberg gesichert. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und ausbauen. Dabei sind wir uns darüber einig, dass uns jedes Kind gleich viel wert ist.

Der Aus- und Aufbau von Bildungsangeboten und des Mittagessens für alle Kinder sowie die Ausweitung der Öffnungszeiten sind für uns kurzfristig zu verfolgende Ziele.

Mit der kurzfristigen Bereitstellung von neun Stellen für die Städtischen Kindertagesstätten werden wir sowohl die oben genannten Ziele in Angriff nehmen als auch die Anforderungen der Hessischen Mindestverordnung in den Städtischen Kindertagesstätten erfüllen.

Der Staat mit der Forderung nach Krippenplätzen, die Stadt und die Gesellschaft mit der Forderung nach Bildung sowie die Eltern und Kinder formulieren heute umfangreiche Bedürfnisse an Kindertagesstätten. Diese können von unseren Einrichtungen, die vor Jahrzehnten entstanden sind, nur noch bedingt erfüllt werden. Wir werden deshalb, wie im Investitionsprogramm der Stadt Friedberg vorgesehen, den Neubau von städtischen Kindertagesstätten an den 24 Hallen, in Ossenheim und in der ehemaligen Housing-Area vorantreiben.

Den Überlegungen der konfessionellen Träger, durch den Neubau und/oder die Einrichtung von Krippenplätzen die Angebotsvielfalt in unserer Stadt heutigen Bedürfnissen anzupassen, stehen wir positiv gegenüber. Wir erwarten jedoch sowohl bei den Investitionen als auch bei den Folgekosten eine angemessene Selbstbeteiligung.

Unterstützen werden wir weiterhin die Vielzahl der Elterninitiativen, die mit den von ihnen getragenen Betreuungseinrichtungen an Grundschulen einen zentralen und unverzichtbaren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Insbesondere werden wir die Betreuungseinrichtungen unterstützen, die schon aufgrund ihrer Größe, insbesondere in der Kernstadt, vor besonderen personellen, administrativen und räumlichen Problemen stehen. Mit dem Wetteraukreis sind Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, die Grundschulen in Friedberg in echte Ganztagschulen umzuwandeln. Die Zusammenlegung von Horten und Grundschulen ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Alle Möglichkeiten, gefährdete Grundschulstandorte zu sichern, sind auszuschöpfen. Die Vernetzung der Arbeit von Grundschulen und Kindergärten in Form eines übergreifenden Bildungsangebots trägt zur Standortsicherung bei. Wir wirken bei den Schulträgern Wetteraukreis und Land Hessen darauf hin, durch den Ausbau der inklusiven Schule, die Bildung von Überschneidungsbezirken, durch jahrgangsübergreifenden Unterricht oder den Modellversuch mit einem Bildungshaus die Standortsicherheit zu erhöhen.

Insbesondere für den Bereich der Innenstadt ist der Aufbau eines Familienzentrums mit niederschweligen Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Familienbildung und -Beratung zu prüfen und einzuleiten. Dieses Familienzentrum soll die bestehenden Angebote wie Mehrgenerationenhaus und Evangelische Familienstätte, aber auch Initiativen im Bereich Ehrenamt, Migration und Senioren, städtische und freie Horte, Grundschule usw. vernetzen und soweit wie möglich auch räumlich zusammenführen.

Wir geben jungen Menschen Raum zur Selbstgestaltung. Wer seine Umwelt selbst gestalten darf, fühlt sich darin wohl. An diesem Grundsatz orientiert sich unsere Jugendarbeit. Wir verpflichten uns, entsprechende Ansätze im Junity zu unterstützen. Dies gilt auch für die von Jugendlichen initiierte Unterschriftenaktion zum Getränkeangebot im Junity. Die Kulturarbeit im Junity sowie die dezentrale Jugendarbeit im gesamten Stadtgebiet werden wir weiter unterstützen.

Der erfolgreiche Weg der letzten Jahre zum Ausbau des Campus Friedberg der Technischen Hochschule Mittelhessen mit massiver Unterstützung der Stadt Friedberg wird ausdrücklich begrüßt. Wir unterstützen die partielle Schließung der Wilhelm-Leuschner-Straße zur Weiterentwicklung des Campus.

Es wird angestrebt, weiterhin die Kompetenz der Technischen Hochschule für die Bearbeitung zentraler Themen der Stadtentwicklung Friedbergs zu nutzen, z.B. in der Energiepolitik.

Die Stadt Friedberg trägt auch zukünftig bei allen Maßnahmen den Anforderungen der Inklusion Rechnung. Eine Unterstützung von Projekten Dritter erfolgt nur, wenn Barrierefreiheit gesichert ist.

Friedberg - Stadt mit attraktivem und bezahlbarem Wohnraum und attraktiven Grundstücken

Mit der ehemaligen US-Wohnsiedlung steht derzeit ein ca. vier Hektar großes innerstädtisches, hervorragend erschlossenes und verkehrlich angebundenes Gelände durch die Bundesregierung zum Verkauf. Für die weitere Entwicklung der Stadt als Bildungs- und Forschungsstandort ist es ein großer Erfolg, dass die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) etwa ein Viertel des Geländes für den Bau von Laboren u. a. erworben hat.

Um die qualifizierte Entwicklung des Geländes - auch im Hinblick auf die Vorhaltung von Reserveflächen für die künftige Erweiterung der THM - voranzutreiben, werden wir über die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft ein Angebot für den Erwerb eines größeren Bereichs der Fläche abgeben. Nur so ist es möglich, zu bezahlbaren Preisen kurzfristig Grundstücke, größere Wohnungen, Studentenwohnungen oder gemeinsam mit der Technischen Hochschule auch ein International House für Studen-

ten/innen aus aller Welt zu realisieren. Auch für neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens ist aus unserer Sicht die ehemalige Housing-Area der geeignete Standort.

Bei der weiteren Bepflanzung des Kasernengeländes werden wir durchsetzen, dass gleichrangig neben den Flächen für Wohnen und Gewerbe Flächen für Sport, Veranstaltungen und stadtnahe Erholung ausgewiesen werden. Wir stehen dafür, dass der Friedberger Süden und Osten flächenmäßig seine „Seewiese“ und sein „Burgfeld“ im Bereich der ehemaligen Kaserne erhält.

Friedberg - Wir stärken Nachbarschaften

In Teilen der Friedberger Altstadt machen sich aufgrund von starkem Zuzug einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus vielen Teilen der Welt, verbunden mit einem überproportionalen Anteil junger Menschen, seit alters her Problemlagen besonders bemerkbar.

Wir sehen daher in Verbindung mit der Nassauischen Heimstätte die Einrichtung eines Quartiersmanagements vor, das sich der Zusammenführung all derer widmen wird, die vor Ort an funktionierenden Nachbarschaften interessiert sind. Wir wollen, dass dieses Projekt ab dem Jahr 2012 sichtbar im zentralen Bereich der Altstadt, beispielsweise mit der Umwidmung einer der zahlreichen Gaststätten in einen Nachbarschaftsladen, beginnt und dass es personell so ausgestattet ist, dass es die vielfältigen Herkunftsländer in der Altstadt adäquat abbildet. Dieses Projekt soll bis zum Ende der Altstadtsanierung 2014 durchgeführt werden. 2014 wird überprüft, ob dieses Projekt von der Stadt übernommen wird. Bestehende Initiativen wie das Internationale Zentrum Friedberg sind in das Projekt einzubinden. Dies ermöglicht die Beantragung von Drittmitteln und knüpft an die bisherigen Maßnahmen von Flüchtlings- und Migranten/innenberatung an.

Friedberg – Stadt der Planung und Umwelt

Neue Baugebiete werden nur dort entwickelt, wo schienengebundener Nahverkehr in unmittelbarer Nähe vorhanden ist. Alle Stadtteile, die dieses Kriterium nicht erfüllen, wachsen im Rahmen ihrer Eigenentwicklung. Bauen in der Innenstadt ist der Zersiedelung und zusätzlichen Flächenversiegelung vorzuziehen.

Weiterhin werden Bebauungspläne so gestaltet, dass die Ausrichtung der Dachflächen für Solaranlagen geeignet ist.

Die Erhaltung und der Ausbau der vorhandenen Streuobstflächen werden als verbindliches Ziel formuliert. Wir werden uns beim Regionalverband FrankfurtRheinMain dafür einsetzen, dass die Kriterien und Festlegungen des Regionalen Flächennutzungsplans entsprechend gestaltet werden.

Umbau der Kaiserstraße

Die aktuellen Planungen zur Umgestaltung der Kaiserstraße sind kurzfristig in einer Bürgerversammlung vorzustellen und zu erörtern. Die dort eingebrachten Bedenken, Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger werden wir gemeinsam auswerten. Ziel ist die Beschlussfassung einer Konzeption zur Umgestaltung der Kaiserstraße, die auf breite Akzeptanz der Friedberger Bürgerinnen und Bürger stößt. Die

Gestaltung der Kaiserstraße soll nach dem Prinzip der größtmöglichen Erhaltung der Bäume und der Vervollständigung der vorhandenen Allee von der Burg bis zur Ockstädter Straße erfolgen.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist für uns ein wichtiges Prinzip im öffentlichen Raum. Deshalb werden wir Projekte Dritter nur dann fördern oder uns an ihnen beteiligen, wenn die Barrierefreiheit gewährleistet ist.

Friedberg - Eine alte Stadt mit heutigen Problemen

Neben der Prävention durch ein qualifiziertes Quartiersmanagement und Familienzentrum ist für uns öffentliche Sicherheit und Sauberkeit ein zentrales Thema. Gutes Zusammenleben, gute Nachbarschaft kann nur stattfinden, wenn in der Stadt zu jeder Tages- und insbesondere Nachtzeit und für alle Altersgruppen, für Frauen wie für Männer, ein angstfreies Klima herrscht.

Wir werden deshalb die Präsenz von Ordnungskräften im Bereich des Bahnhofs und seines Umfeldes, in bestimmten Bereichen der Altstadt und der Seewiese in den Sommermonaten deutlich erhöhen und verstärken. Hier ist besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass den spezifischen Problemlagen entsprechendes Personal in Bezug auf Herkunft und Kompetenz zum Einsatz kommt.

Für die Einführung einer obligatorischen Straßenreinigung in hoch belasteten Bereichen der Friedberger Innenstadt werden wir einen Prüfauftrag erteilen.

Friedberg - Verkehre verändern heißt, die Stadt lebenswerter zu machen

Wenn wir von Verkehrsvermeidung sprechen, dann meinen wir damit eine Verlagerung des Verkehrs weg vom Pkw hin zu Bahn, Bus, Rad und zu Fuß.

Vorrangige Ziele für uns sind,

- in den kommenden Jahren den Friedberger Bahnhof gemeinsam mit anderen Partnern zum Hauptbahnhof der Wetterau zu entwickeln. Von zentraler Bedeutung sind für uns dabei die Barrierefreiheit im Zugang zum Empfangsgebäude und zu den Bahngleisen, eine sicht- und wahrnehmbare ÖPNV-Anbindung mit Busbahnhof, Taxi- und Radstellplätzen und natürlich WC-Anlagen. Wir sind uns bewusst, dass dieses große Projekt ohne die politische, ideelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung und Vorreiterrolle der Stadt Friedberg nicht umgesetzt werden wird. Die Möglichkeiten der Verwirklichung einer direkten Unterführung zwischen dem Bahnhof und Fauerbach werden geprüft.
- das derzeit bestehende, stark regional orientierte Bussystem auf seine Aufgabenerfüllung im Hinblick auf die Bewältigung städtischer Verkehre mit dem Ziel der Modernisierung zu überprüfen. Zentrale Ziele sind dabei die Verdichtung des Fahrplankontaktes und direkte Verbindungen von allen Teilen der Stadt zur Kaiserstraße und zum Bahnhof. Eine Entscheidung über das am besten geeignete Betreibermodell und dessen Umsetzung wird nach Auswertung einer Machbarkeitsstudie unter Berücksichtigung der o. g. Zielvorgaben getroffen.

- die Durchsetzung der bestehenden Regelungen in Wohngebieten mit verkehrsberuhigten Zonen. Neue Wohngebiete sollen als verkehrsberuhigte Zonen ausgewiesen werden, bestehende Wohngebiete sollen auf die Einrichtung solcher Zonen überprüft werden. Auf den Hauptverkehrsstraßen sollte Tempo 30 gelten, um den Verkehrslärm für die Anwohner zu reduzieren.
- der Umbau der Kreuzung Hanauer Straße / Haingraben zur Kreisverkehrsanlage.
- Parkraumbewirtschaftung und ein angemessenes Parkleitsystem mit dem Ziel, den Parksuchverkehr auf der Kaiserstraße zu reduzieren.
- das innerstädtische Radwegesystem grundlegend im Hinblick auf die Gleichberechtigung zwischen Pkw- und Radverkehr zu überprüfen. Vorbild sind dabei auf der Fahrbahn markierte Fahrradschutzstreifen. In diesem Zusammenhang werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Radwegesituation zu den Schulen haben. Eine Verbesserung der Radwegeverbindungen von und zu den Stadtteilen und im Einzugsbereich der Bildungsstadt Friedberg wird angestrebt.
- die Regionalparkroute vom Niddaradweg/Assenheim im Teilstück von Bruchentrüben, Fauerbach, Burg und Kühler Grund weiter nach Bad Nauheim und Gißeln zu realisieren.
- gemeinsam mit einem regionalen Stromversorger und den örtlichen Radgeschäften die Einführung und Durchsetzung von E-Mobilität im Bereich von E-Bikes und Pedelecs zu fördern.

III. Finanzierungsvorbehalt

Wir verfolgen gemeinsam die vorstehend benannten Ziele unter Berücksichtigung der jeweiligen Haushaltssituation. Eine finanzielle Mehrbelastung der Stadt durch Bund und Land ohne Gegenfinanzierung lehnen wir ab und gehen gegebenenfalls auch geschlossen gegen sie vor.

IV. Vereinbarungen in Personalfragen

1. Hauptamtliche Wahlämter

Die Kandidatur des amtierenden Bürgermeisters zur Wiederwahl in das Amt des Bürgermeisters im September 2011 wird vom Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen Friedberg / Hessen unterstützt. Der Ortsverband verzichtet auf die Aufstellung oder Unterstützung einer konkurrierenden Bewerberin oder eines konkurrierenden Bewerbers.

Nach dem Ende der Amtszeit des amtierenden Ersten Stadtrats wird die Position des hauptamtlichen Ersten Stadtrats oder der hauptamtlichen Ersten Stadträtin durch eine Kandidatin oder einen Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen besetzt. Diese Kandidatur wird vom SPD-Ortsverein Friedberg / Hessen unterstützt.

2. Ausschüsse

In der Wahlzeit 2011 – 2016 werden folgende Ausschüsse gebildet:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr
- Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
- Ausschuss für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion

Die Vorsitze der Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

- Haupt- und Finanzausschuss: SPD
- Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr: Bündnis 90/Die Grünen
- Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur: SPD
- Ausschuss für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion: Bündnis 90/Die Grünen

Wenn ein Partner in einem Ausschuss den Vorsitz innehat, stellt der jeweils andere Partner die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden.

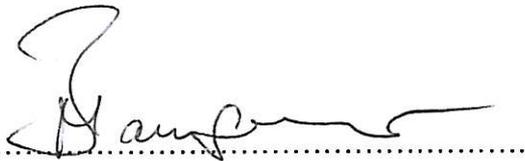
3. Sonstige Personalfragen

Der der Stadt Friedberg zustehende Sitz in der Verbandskammer des Regionalverbands FrankfurtRheinMain wird durch die SPD besetzt. Die Position der Stellvertretung wird durch Bündnis 90/Die Grünen besetzt. Die Position der weiteren Stellvertretung wird durch die SPD besetzt.

4. Dezernatsverteilung

Die Aufgaben- und Dezernatsverteilung wird vom direkt gewählten Bürgermeister festgelegt. Der Aufgabenbereich des Ersten Stadtrats wird in seinem Umfang weiterhin mindestens dem des amtierenden Ersten Stadtrats entsprechen. Er wird in jedem Fall die Aufgabenfelder Energie (Stadtwerke) und Jugend umfassen.

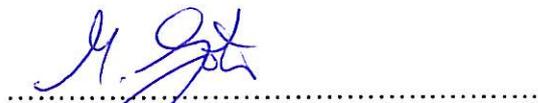
Friedberg / Hessen, den 30. Juni 2011



Mark Bansemer
(Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Friedberg / Hessen)



Bernd Stiller
(Vorstandssprecher des Ortsverbands Bündnis 90/
Die Grünen Friedberg / Hessen)



Marion Götz
(Vorsitzende der SPD-Fraktion Friedberg / Hessen)



Horst Weitzel
(Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Friedberg / Hessen)

